Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 18 (1926)

Heft: 10

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Volkswirtschaft.

Die Wirtschaftslage der Schweiz ist nicht nur andauernd gleich trübe, sondern sie verschlimmert sich in letzter Zeit von Monat zu Monat. Die Ausfuhrziffern bewegen sich auf einem Niveau, das beträchtlich unter den Exportzahlen des verflossenen Jahres liegt, obschon 1925 doch auch kein glänzendes Jahr war. Die Zahl der Arbeitslosen bzw. der bei den Arbeitsämtern angemeldeten Stellensuchenden ist sogar in den Sommermonaten Juli und August um je 800 gestiegen. Sie ist Ende August mit 11,818 um rund 2000 höher als vor einem Jahr und um 3000 grösser als vor zwei Jahren. Dabei dürfte die wirkliche Zahl der Beschäftigungslosen die Zahl der Angemeldeten erheblich übersteigen. Anderseits ist die Zahl der offenen Stellen mit 1969 um 500 bzw. 1600 niedriger als im August 1924 und 1925. Zudem ist zu erwarten, dass die kommenden Wintermonate erst recht ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit bringen werden. Angesichts dieser Zahlen muss die Frage aufgeworfen werden, was von seiten der Behörden geschieht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Frage kann nicht erledigt werden mit einem Hinweis auf die Arbeitslosenversicherung. Einmal sind bestimmte Industrien und bestimmte Landesgegenden besonders schwer betroffen von der Verdienstlosigkeit, und ausserdem ist diese um so fühlbarer, als fünf Jahre wirtschaftlicher Depression vorangegangen sind, so dass die meisten Arbeiter sich seit Beginn der Krisis nie mehr erholen konnten. Es wird auch immer mehr offenbar, dass einzelne Zweige unserer Landesindustrie auf ihrer gegenwärtigen Grundlage kaum mehr je zur Blüte gelangen werden. Die vielgerühmte Privatinitiative versagt aber vollständig, wenn es sich nicht um die Erzielung grosser Profite handelt, sondern darum, einigen tausend Menschen wieder eine Existenzmöglichkeit zu verschaffen. Es kann aber nicht verantwortet werden, dass die erforderliche Umstellung der Industrie durch den «freien Konkurrenzkampf», d. h. durch die Hungerpeitsche im Laufe von Jahren erzwungen wird, sondern es ist Pflicht des Staates, die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern. Viele ausländische Staaten sind eifrig damit beschäftigt, ihre Wirtschaft den durch den Krieg und seine Folgen verursachten Veränderungen anzupassen. Wie lange noch schaut unsere schweizerische Regierung dem Niedergang wichtiger Industriezweige tatenlos zu?

Die schweizerischen Trust- und Holdinggesellschaften. In der letzten Nummer der «Rundschau» wurden einige Angaben gemacht über die Kapitalkraft der schweizerischen Finanzierungs- und Holdinggesellschaften. Im Anschluss daran ist es von Interesse, die in den Wirtschaftsberichten des «Schweiz. Handelsamtsblattes» vom 15. September veröffentlichte Statistik über diese Gesellschaften zu erwähnen. Danach zählte man Ende 1925 432 derartige Unternehmungen mit einem Aktienkapital von 1185 Millionen Fr. Davon entfallen nicht weniger als 48 Prozent oder 569 Millionen auf die 18 grössten Gesellschaften, von denen jede mindestens 20 Millionen Nominalkapital besitzt. Wirtschaftsberichte konstatieren, dass 1923 und 1925 eine grosse Zunahme der Finanzgesellschaften stattfand, was offensichtlich eine Folge der Kapitalflucht aus Deutschland und im letzten Jahr aus Frankreich ist.

Zur landwirtschaftlichen Preispolitik. Auf dem Bauernsekretariat in Brugg ist man begreiflicherweise nervös geworden, weil trotz der Macht der landwirtschaftlichen Organisationen die Krisis in der schweizerischen Landwirtschaft nicht aufgehalten werden konnte. In der Septembernummer der «Bauernzeitung» rechtfertigt Prof. Dr. Laur seine Politik, der es gelungen sei, zu bewirken, dass *die Schweiz auch heute noch die höchsten Milchpreise hat.* Nach seinen Angaben galten Ende Juni für die Produzenten folgende *Milchpreise* per Kilo: in Frankreich 11 Rp., in Belgien 11 Rappen, Dänemark 16, in den Niederlanden 17, Schweden 17, Italien 18, Deutschland 20, Oesterreich 21, Vereinigte Staaten 21,7, England 22 und in der Schweiz 24 Rp. (ab 1. August 22 Rp.).

«Die Bauernsame — bemerkt Herr Laur zu diesen Zahlen — hat alle Ursache, den Organisationen dankbar zu sein, dass diese ihnen bis heute immer noch gegenüber andern Ländern einen Vorzugspreis sichern konnten. Die heutigen Preise müssen jedoch wieder erhöht werden, wenn die Bauernsame nicht langsam, aber sicher verarmen soll.»

Wir gestatten uns, dem schweizerischen Bauernsekretär folgende Frage zu stellen: *Wenn die Schweizer Bauern beim gegenwärtigen Milchpreis sicher verarmen, wieso ist es dann den Bauern anderer Länder bei einem um 10 bis 50 Prozent niedrigeren Milchpreis möglich, zu existieren?* Mit dieser Frage wollen wir nicht den Anschein erwecken, dass es den schweizerischen Landwirten zu gut geht; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass sich die meisten unter ihnen in keiner beneidenswerten Lage befinden. Aber es scheint uns, dass die Milchpreisstatistik Prof. Laurs die Auffassung stützt, die von uns schon lange vertreten wird: dass nämlich die nur auf Preiserhöhung eingestellte Politik der Bauernorganisationen schuld ist an der schlimmen Lage der Landwirtschaft in der Schweiz, weil dadurch die Bodenpreise und damit die Verschuldung und die Produktionskosten der Landwirtschaft erhöht werden, während anderseits die Absatzmöglichkeiten beschränkt werden.

Zur Fleischversorgung. Trotzdem der Bundesrat unter dem Ansturm der Bauernorganisationen halb umgefallen ist und das ohnehin ganz geringfügige Einfuhrkontingent für Schlachtvieh auf die Hälfte reduziert hat, gibt sich der Bauernverband nicht zufrieden und verlangt die gänzliche Sperrung der Grenzen. Wir möchten den Bundesrat warnen, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Noch nie war der Hinweis auf das Viehseuchengesetz, auf das sich der Bauernverband beruft, so wenig gerechtfertigt wie heute, wo dank der gut funktionierenden Vorsichtsmassnahmen unser Land fast seuchenfrei ist.

Erhebung über die Wohnungsverhältnisse des eidg. Personals im Jahre 1925. Die vom eidg. Finanzdepartement und der Generaldirektion der Bundesbahnen *durchgeführte* und vom eidg. Statistischen Bureau *bearbeitete* Erhebung bietet in zahlreichen Tabellen ein wertvolles, wohnungsstatistisches Material, das auf weitestgehende Zuverlässigkeit Anspruch erheben darf. Als interessantes Ergebnis der Erhebung möchten wir die Tatsache hervorheben, dass in den 27 «erhobenen» Gemeinden für den gleichen Wohnungstypus höchst ungleiche Mietpreise bezahlt werden müssen. In der Gemeinde mit den tiefsten Mietpreisen kostet eine Dreizimmerwohnung ohne Mansarde im Durchschnitt 2½-mal weniger als in der Gemeinde mit den höchsten Mietpreisen, in Bern. Für die Bundesstadt ergibt sich ein Index von 189 für die Wohnungen, die seit 1913 den Mieter nicht gewechselt haben. Berücksichtigt man jedoch nur die seit 1. Januar 1924 bezogenen Wohnungen, so kommen wir auf eine Preissteigerung von 120 Prozent, d. h. der Index steigt auf 220. Für die Gesamtheit der in die Erhebung einbezogenen Berner Dreizimmerwohnungen ergibt sich ein Mietpreisindex von 204. Für Zürich ist die entsprechende Ziffer 171, für

Basel 178, für Lausanne 167, für Genf 153, für Winterthur 163 und für St. Gallen 140.

Das eidg. Statistische Bureau warnt nun vor Analogieschlüssen auf die Wohnverhältnisse der schweizerischen Gesamtbevölkerung, da beim eidg. Personal der Arbeiterstand verhältnismässig schwächer vertreten sei als in der Gesamtbevölkerung. Wir bezweifeln die Richtigkeit dieser Behauptung, bilden doch die untersten Kategorien der Funktionäre der Bundesbahnen über 40 % des gesamten eidg. Personals. Nach der vorläufigen Verteilung der Beamten und ständigen Angestellten in die 26 Besoldungsklassen des kommenden Beamtengesetzes umfassen die letzten Besoldungsklassen 21 bis 26 sogar 57 4 % aller Funktionäre. Nach unserer Ansicht ist eine massvolle Uebertragung der Ergebnisse dieser Erhebung auf die allgemeinen Wohnungsverhältnisse der Schweiz durchaus zulässig.

-ng-

Gemeinwirtschaft.

Keine Entstaatlichung der belgischen Eisenbahnen. In einzelnen bürgerlichen Blättern ist mit Freude verkündet worden, die belgischen Staatsbahnen seien entstaatlicht worden, und ein Teil der Arbeiterpresse hat diese Nachricht übernommen unter scharfer Kritik gegenüber den sozialistischen Ministern, die einem solchen Beschluss zugestimmt hätten. Demgegenüber stellt Genosse Saxe, Redakteur des Brüsseler «Peuple», in der Monatsschrift der englischen Gewerkschaften fest, dass *keine Rede sein kann von einer Entstaatlichung des belgischen Eisenbahnnetzes.* Freilich ist die Ausnutzung des Bahnbetriebes einer Eisenbahngesellschaft übertragen worden. Das geschah vor allem, um ein grosses Anleihen in Form von Vorzugsaktien aufzunehmen, das nötig war zur Wiederinstandstellung der Bahnanlagen, die unter der vier Jahre dauernden feindlichen Besetzung stark gelitten haben. Ausserdem war schon vor dem Kriege besonders von sozialistischer Seite eine grössere Unabhängigkeit der Eisenbahnverwaltung gegenüber dem Staat verlangt worden, da die konservative Regierung diese Verwaltung für ihre Parteizwecke missbrauchte. Die Uebergabe des Rechts auf den Bahnbetrieb an die Eisenbahngesellschaft für 75 Jahre bedeutet aber in keiner Weise eine Uebergabe der Kontrolle an das Privatkapital. Die Bahnen bleiben nicht nur weiterhin Eigentum des Staates, der sämtliche Stammaktien der Eisenbahngesellschaft besitzt, sondern auch die entscheidende Leitung und Kontrolle kommen weiterhin dem Staate zu. Bau neuer Linien, Aufnahme von Anleihen usw. bedürfen der Genehmigung durch das Parlament. Auch die Tarifpolitik untersteht der Regierung. Die Rechte des Personals sind gewahrt; es ist ihm ein Mitspracherecht durch Kreisausschüsse und einen Landesausschuss gewährleistet. Die Bankiers hatten freilich im Sinne gehabt, die Bahnen in einen Privatbetrieb zu verwandeln; aber dank dem Widerstand der Arbeiterpartei und der Eisenbahnergewerkschaft ist es gelungen, diese Pläne zu vereiteln.

Arbeiterbildung.

Ruskin College, die unter Kontrolle der englischen Gewerkschaften stehende Arbeiterschule in Oxford, ladet zur Teilnahme an ihrem nächsten Jahreskurs ein, der am 4. Oktober beginnt. Es werden auch Teilnehmer zugelassen, die nur ein Trimester (etwa 10 Wochen) oder nur einen Monat mitmachen können. Der Unterricht erstreckt sich in erster Linie auf Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftstheorie und Arbeiterbewegung; daneben werden Kurse über Rechtsfragen, Genossenschaftswesen, Psychologie, Literatur usw. abgehalten. Das Ruskin College nimmt mit Freude auch Arbeiter aus dem Ausland auf. Stipendien kann es selbst nicht gewähren. Wer sich näher für diese Arbeiterschule interessiert, wende sich an die Redaktion der «Gewerkschaftliche Rundschau».

Notizen.

Die internationale Solidarität. Der « Hoch- und Tiefbau », das offizielle Organ des Baumeisterverbandes, ereifert sich über den Aufruf des Gewerkschaftsbundes zu Gunsten der englischen Bergarbeiter. Es meint u. a.: « Letzten Endes liegen die Dinge doch so, dass die Gewerkschaften sich besser andern und näher liegenden Aufgaben zuwenden würden, als für ausländische Klassenkampforganisationen, die ihre Mitglieder ohne Not zu einer unverantwortlichen Machtprobe verleiten, Hunderttausende von Franken zusammenraffen ... » Nun liegen die Dinge bekanntlich so, dass man dem Baumeisterverband überhaupt nichts recht machen kann. Als es galt, die Arbeitslosenkassen, die doch sicher den Bauarbeitern in erster Linie zugute kommen, auszubauen, da waren es die Herren Vertreter der Baumeister, die alles taten, um die Gewerkschaftskassen möglichst zu benachteiligen. Sie haben mitgeholfen, Kontrollvorschriften aufzustellen, die als schikanös bezeichnet werden dürfen, um diese Kontrollvorschriften dann selber zu sabotieren. Das Geflenne des Hoch- und Tiefbau ist also nicht ernst zu nehmen. Dagegen wird es eine andere Ueberlegung sein, die das Blatt auf den Plan gerufen hat: Wenn schon die schweizerischen Arbeiter zur Unterstützung ihrer englischen Brüder Geld über den Kanal senden, so könnte eines schönen Tages auch das Umgekehrte passieren, die englischen Arbeiter könnten die schweizerischen Arbeiter auch einmal in ihrem Kampfe gegen die Ausschliesslichkeit der Unternehmer unterstützen.

Bis heute haben wir wenigstens noch nirgends ein Anzeichen dafür gesehen, dass die Herren Unternehmer der Schweiz eine « schrittweise und allmähliche Pacifizierung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit » anstreben, es sei denn in dem Sinne, dass die Arbeiter sich den Machtgeboten der Herren widerspruchlos unterziehen. Das werden aber die Baumeister niemals erleben.

Internationales.

Internationale Vereinigung der Textilarbeiter. Mitte August fand in Prag eine Sitzung des Generalrates der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter statt. 11 angeschlossene Landesverbände hatten dazu ihre Vertreter abgeordnet. Aus dem Bericht des Sekretärs der Internationale ist zu erwähnen: Im kommenden November wird eine Kommission der Internationale eine Studienreise in das Gebiet der *indischen Textilindustrie* unternehmen, die über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Aufklärung schaffen und zugleich den Anschluss der indischen Textilarbeiter an die Internationale vorbereiten soll. Eine Reise des internationalen Sekretärs nach *Polen* ergab, dass die dortigen gewerkschaftlichen Verhältnisse nach jeder Hinsicht unbefriedigend sind und dass die Arbeitsbedingungen trotslose sind. Bemühungen für den Anschluss der *spanischen* und der *schottischen* Textilar-